

**2712/J-BR/2009**

---

**Eingelangt am 23.07.2009**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## Anfrage

der Bundesräte Ana Blatnik  
und GenossInnen  
an die Bundesministerin für Inneres  
betreffend Interventionsstellen gegen Gewalt und Gewaltschutzzentren

Die Interventionsstellen gegen Gewalt und Gewaltschutzzentren sind neben den Frauenhäusern die zentralen Opferschutzeinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen in Österreich. Allein zwischen 2006 und 2008 sind die Fallzahlen der Interventionsstellen um über 20 Prozent angestiegen. Um diesem erhöhten Bedarf gerecht zu werden, ist eine entsprechende finanzielle Ausstattung erforderlich. Darüber hinaus ist laut Regierungsprogramm vorgesehen, eine Notwohnung für Betroffene von Zwangsheirat sowie weitere Regionalstellen einzurichten, um vor allem im ländlichen Bereich Opfer von Gewalt besser betreuen zu können.

Die unterzeichneten Bundesräte richten daher an die Bundesministerin für Inneres nachstehende

### Anfrage:

1. Wird der neuerliche Anstieg der Fallzahlen der Interventionsstellen und der steigende Bedarf mit einer Budgeterhöhung seitens des Innenministeriums berücksichtigt werden?
2. Wie hoch ist das Budget 2009 und 2010 für die Interventionsstellen gegen Gewalt und die Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels seitens des Bundesministeriums für Inneres (Beträge in Euro nach Jahren aufgliedert)?
3. Wieviel ist seitens des Bundesministeriums für Inneres für die Errichtung und den Erhalt einer Notwohnung für Betroffene von Zwangsheirat 2009 und 2010 budgetiert (Beträge in Euro nach Jahren aufgliedert)?